

Laube-Zeitung.

Angewien neben die Spalte oder deren Stamm mit 20 W., selbe aus Halle mit 10 W. ...

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 W., bei dreimonatlicher Zahlung 2,75 W., ...

Nr. 420.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 7. September

1893.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

In der letzten Novemberwoche werden die Urwahlen in der ersten Novemberwoche die Abgeordnetenwahlen stattfinden. Mit großer Spannung sieht man ihren Ausfalle in allen politischen Kreisen entgegen. Gleichwohl ist bis zur Stunde von einer ersten und eifrigen Vorbereitung der Wahlen noch überall nichts zu spüren. Das ist, wenn auch bedauerlich, so doch noch erklärlich. Die Nation hat ein gewisses Recht zur Müdigkeit. Die Aufregung der Reichstagswahlen hat sich zwar längst verflüchtigt, aber die Verwählungen über die Militärvorlage im neuen Reichstage haben die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade in Anspruch genommen. Bis in die Mitte des Monats Juli war der Reichstag beisammen. Da ist es begreiflich, daß das Bedürfnis nach Erholung bei Wählern wie Gewählten regte wurde. Jetzt ist der Hochsommer vorüber, die Politiker kehren zurück, und die Agitation kann beginnen. Es ist ihr nur eine kurze Frist gelassen; denn von hier bis Ende Oktober ist eine Spanne Zeit, in der nur die notwendigste Arbeit für die Wähler vertrieht werden kann. Von der Durchführung unaufrichtiger Organisationsarbeit kann nicht mehr die Rede sein. Aber je bester die Beschaffenheit der Parteien ist, um so größer die bekannten Zwischenfälle der letzten Legislaturperiode erinnert, der wird es mit der Verantwortlichkeit für die Haltung bei den bevorstehenden Wahlen nicht leicht nehmen. Denn wer will wissen, was alles im Laufe der nächsten Legislaturperiode geschieht? Fünf Jahre sind im Leben der Völker wie eine Minute, aber die Stunden auch nur eines Tages werden miteinander auch nicht in fünf Jahren weitergemacht. Das Abgeordnetenhaus ist nicht der Reichstag. Es ist ein Gremium für die preussische Kammer, daß sie mit Militärfragen nicht mehr zu schaffen hat. Dadurch werden die Gegensätze der Parteien auf der linken wesentlich gemildert. Es kommt hinzu, daß auch die wirtschaftlichen Kämpfe, die einst den Anlaß zur Sezession in der Nationalliberalen Partei und später zur Fusion der Preussischen Partei bildeten, nicht in den Preussischen Landtag, sondern in den Deutschen Reichstag gehöhen und von ihrer Schärfe längst viel eingebüßt haben. Besonders seit die Reichsregierung selbst befreit ist, die förmlichen Schranken des Reichstages zu befreiten. Dagegen gehören in den Preussischen Landtag vor allen Dingen die Fragen der Schul- und Kirchenpolitik, und auf diesem Gebiete sind die Gegensätze zwischen den liberalen Gruppen weitaus nicht so erheblich, daß sie zu einer gegenseitigen Befämpfung liberaler Kandidaten nötigen könnten. War es doch Bismarck, der einst das Wort vom Kulturkampf gesprochen. Haben doch die Fortschrittspartei und Nationalliberale in dem Kampfe gegen Rom fest zusammengestanden. Haben sie doch die gleiche Einnützigkeit gezeigt, als es galt, das ungeliebte Schulgesetz des Grafen Jellich zu bekämpfen. Danach sprach Rudolf v. Bennigsen die Hoffnung aus, daß sich eine Annäherung zwischen den liberalen Gruppen vollziehen werde zum Schutze der bedrohten Geistesgüter der Nation, und die Abgeordneten Bamberger und Richter schlugen gern und freudig in die dargebotene Hand ein und schloßen Herrn v. Bennigsen bei, der erklärt hatte, der Liberalismus müsse und dürfe eine größere Bedeutung in der Regierung, Gesetzgebung und Verwaltung beanspruchen als er gegenwärtig finde. Weiter blieb der Führer der nationalliberalen Partei vorerst der Prediger in der Wüste. Ein härterer Kampf als seit langer Zeit sollte noch innerhalb des liberalen Lagers entbrennen. Aber wenn auch die Nachwehen dieses Kampfes noch nicht verwinden sind, so tritt doch allmählig die ruhige Überlegung und nichterne Betrachtung der Tatsachen in ihre Rechte. Namentlich für die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus scheint die Streitigkeit zwischen den liberalen Gruppen begraben zu werden. Man beginnt zu erkennen, wie mit der Bruderliebe auf der linken nur der Fühner der Rechten gebietet ist. Wenn einmal, ohne daß das alte Segnen nach der großen liberalen Partei in Erfüllung ginge, doch alle liberalen Männer, alle Freunde der geistigen Aufklärung, alle Gegner des Ultramontanismus, des Merkantilismus, der unduldsamen Orthodoxie sich die Hände reichen, dann wäre ihnen auch ein glänzender Erfolg bei den Wahlen gesichert, und kommt es zu einer Wiederholung der Wahlen, so kann sich alsdann wiederum jene Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses ergeben, wie man sie in den nächsten Jahren erwarten hat, in jenen Jahren, in denen die Nationalliberale Partei der entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben vermöchte.

Leistungsfähig ist ein Reichsgesetz; aber ob dieses Gesetz fortan oder falls, darauf ist der preussische Landtag keineswegs ohne Einfluß, zumal noch jüngst Herr Bismarck den Landtag eine größere Anteilnahme an der Reichspolitik bringend empfohlen hat. Das Schicksal des Reichstages hängt von der Abgabe der preussischen Stimmen in Bundesrathe ab, und wenn das preussische Abgeordnetenhaus sich für die Aufhebung des Reichstagesgesetzes antrüge — wir sind überzeugt, daß heutige Preussische Staatsministerium wäre dann sicherlich kein Wohlwörter gegen die Überlieferung des Vaterlandes mit den schwarzen Vätern von der Gesellschaft sein. Auch das Civilstandsgesetz ist ein Reichsgesetz, aber auch hier ist die Haltung des Preussischen Abgeordnetenhauses sicherlich nicht ohne Belang. Doch die Hauptfrage bleibt das engere Verhältniß der Schulfraage. Der will eine Garantie dafür übernehmen, daß der Gegenwärtige des Grafen Jellich, wenn auch vielleicht in etwas veränderter Form, nicht in den nächsten fünf Jahren wieder aufstehe? Die Stimmung schließt vielleicht ein, andere Gruppen, andere Personen gewinnen die Oberhand, und so spät hätte die liberale Partei zu bekennen, daß sie bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus nicht ihre ganze Kraft eingesetzt hat, um das Zustandekommen einer liberal-konservativen Mehrheit zu verhindern. Das Herrnhans ist ersparungswürdig sein Stück gegen irgend eine Reaktion. Wer also sollte eine Gewähr gegen die gefährlichsten Rückschritte auf dem Gebiete der Kultur bieten, wenn nicht wenigstens das Abgeordnetenhaus?

Aber so notwendig es ist, eine konservativ-liberale Mehrheit zu erzielen, so gebietet es das Interesse des Staates, daß auch dem Zustandekommen einer rein konservativen Mehrheit vorgebeugt werde. Wenn die deutsch-konservative Partei und der freikonservativen gemeinsam über die Mehrheit verfügt, dann ist überhaupt ein Gegenwärtig gegen die Einseitigkeit der Rechten in der ganzen Gesetzgebung nicht mehr vorhanden. Das Herrnhans ist durchweg konservativ, die Regierung ist durchweg konservativ, und man sollte auch das Abgeordnetenhaus durchweg konservativ sein, wie es überdies nahezu der ganze Beamtenapparat in Preußen ist. Das wäre von vortheilhafter Wirkung für die Entwicklung des Gemeinwesens, und deshalb erwünscht das öffentliche Wohl ohne Zweifel gerade gegenwärtig eine erhebliche Verfestigung des liberalen Elements in der zweiten Kammer. Diese Stürmung aber ist nicht zu erreichen, wenn nicht alle liberalen Gruppen unter Vertagung aller inneren Zwistigkeiten untereinander ihre ganze Kraft gemeinsam gegen die äußere Rechte und das Centrum kehren, gegen diejenigen Parteien, die sich bei dem Schulgesetz des Grafen Jellich die Hände gereicht haben. Diese Einigkeit zu erzielen, reicht die Zeit bis zu den Urwahlen aus, und hier tritt der Schwerpunkt der Verantwortung, welche die Parteiführer der liberalen Gruppen zu übernehmen haben.

Politische Ueberseht.

Es ist notwendig, sprachfreie Forderungen den maßgebenden Kreisen um so mehr und um so dringlicher immer wieder vorzutragen, je mehr man dieselben auf die lange Bank zu schieben sucht. Zu diesen Forderungen gehört eine Reihe von Maßnahmen in unserem Innern, welche die ohne Schädigung des Allgemeinwohls nicht unterdrückbar bleiben dürfen. Die deutschen Finanz-Kommissionen sind jetzt wieder in Berlin beisammen und haben einen Eternenplan erlassen, der hundert und mehr Millionen jährlich in die Reichskasse leiten soll. Neben den Kosten der Militärvorlage steht die Annullierung der Reichsschuld und eine feste Deckung der Einzelstaaten auf dem Programm, neue Marineforderungen liegen in der Luft und mehr Kolonialverträge sollen, wie es heißt, große Summen angewendet werden — nur für das Nächste und Dringlichste scheint wieder nichts übrig bleiben zu sollen. Von verschobenen Seiten werden Anbitterungen laut, daß im Reiche wie in Preußen die Staats für alle Mittelverträge sehr knapp ausgefallten werden sollen. Die „Kreuzzeitung“ wußte zu melden, daß man die erwartete Reformen voraussichtlich nicht zur Ausführung kommen werden, weil Finanzminister Miquel sich noch eine Frist von mindestens einem Jahr dafür ausbedingen werde; und in mehreren Blättern wird auch schon eine dieser heimlich über die geheime Reformen nachhaft gemacht, die Wiedereröffnung der Verfassung in Straßburg, bei der ja die Finanzminister der Einzelstaaten ein Wort mitzusprechen haben, weil sie eine Vermehrung der Mitglieder zum Veranschlagung hat. Einer solchen Mehrungsangebot aber soll man — soll heißen: der preussische Finanzminister — mit Sorgen gegenüberstellen. Mit der Frage der Wiedereröffnung der Verfassung steht aber die Frage der Entschädigung für unzulässig erlittene Haft in engem Zusammenhang, und da sie im Grunde eine reine Geldfrage ist, so würde ihr sicherlich kein besseres Schicksal blühen. Wir vermögen natürlich jene Meldungen nicht auf ihre Glaubwürdigkeit zu prüfen, aber leider klingen sie recht wahrscheinlich und es ist voranzusetzen, daß, wenn einmal „geparnt“ werden soll, mit jenen Justizreformen der Anfang gemacht wird. Damit würde für den Reichstag die Pflicht erwachen, den Kampf um Reformen, deren Dringlichkeit tief in der Ueberzeugung des Volkes wurzelt und auch von der Regierung selber nicht mehr angezweifelt wird, wieder von neuem aufzunehmen. Jezt Jahre lang hat dieser Kampf gedauert. Unermüdlich hat der Reichstag die Notwendigkeit dieser Reformen dargelegt und in wiederholten Resolutionen den Bundesrat zur Einbringung entsprechender Vorlagen aufgefordert. Und endlich schien der Sieg eronnen. In der Sitzung vom 7. Dez. v. J. gab der Reichspräsident Herr v. Panauer bei der Verlesung des Reichstagesbegehrens be-

handelnden Autrages Bünteln eine Erklärung ab und in welcher in Aussicht gestellt wurde, daß die Frage der Entschädigung für unzulässig erlittene Haft und die Einführung der Verfassung in einem gemeinsamen Gesetze bearbeitet werden solle. Ein solcher Gegenwärtig liegt vorerst noch der Beschlußfassung des königlich preussischen Staatsministeriums vor, um eventuell als preussischer Antrag beim Bundesrat eingebracht zu werden. Der Reichspräsident bewerte allerdings weiter, daß das weitere Schicksal dieses Gegenwärtiges von der Entscheidung des Bundesrates abhängig sei, aber für seine damalige Auffassung der Sache war es bezeichnend, daß er dem Hause zu erlauben gab, ob es unter diesen Verhältnissen sich noch weiter mit der Frage beschäftigen wolle. Seine Erklärung wurde auf allen Seiten des Hauses mit hoher Befriedigung aufgenommen; und allen folgenden Reden sprach die Zuversicht, daß nunmehr eine baldige Erfüllung dieser wichtigen Reformforderungen gesichert sei. Eine letzte Sitzung erfuhr diese Zuversicht allerdings, als etwa drei Monate später, am 19. April v. J., der Reichspräsident erklärte es für notwendig hielt, zu betonen, daß er „keineswegs eine Falsche abgegeben habe“ und die Sache sich noch ungelöst in demselben Stadium befände, wie im Dezember des Vorjahres. Doch wurde aus dem Hause heraus betont, daß man an der Erwartung festhalte, daß die verbündeten Regierung der Reform keine Schwierigkeiten in den Weg legen werden, wenn das Reichspräsident mit Entschiedenheit dafür eintrete. Darin scheint man sich nun doch getäuscht zu haben. Der neue Reichspräsident Herr v. Bismarck hat allerdings die Angelegenheit seiner besondere Teilnahme zuwenden, aber Herr Miquel ist heute die allein maßgebende Persönlichkeit in Staat und Reich. Hier liegen aber Umstände vor, die den Deutschen Reiche zur Unruhe gereichen, und die daher notwendig befeitigt werden müssen. So lange die deutsche Gerichtsverfassung nicht — soweit es in menschlicher Kraft liegt — die Sicherheit bietet, daß kein Unschuldiger Strafe erleiden muß, und so lange nicht die unglücklichen Opfer, die in dem Gebiete der staatlichen Rechtsprechung zu Schaden gekommen eine billige Entschädigung für den ihnen zugefügte Unrecht geschieht ist, so lange wird man nicht behaupten können, daß Deutschland sich in Besitz einer guten Rechtspflege befindet.

Ein weitere Markt, welches dem deutschen Liberalismus immer ein warmes und verständliches Interesse bewahrt hat, — die „Neue Freie Presse“ — beschäftigt sich auch angezogen mit den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen wieder einmal mit diesen Liberalismus, indem es schreibt:

„Die große Niederlage, welche die freisinnige Partei in Preußen erleiden wird, der letzten Reichstagswahlen erlitten hat, scheint die politischen Geister in dem großen und führenden Staate des Deutschen Reiches, so weit sie der liberalen Richtung angehören, günstig einmüthig zu haben. Der Mitleid, der moralischen Kräftigung der Liberalen konnte die politische Laune Commercezeit natürlich nicht zu harten kommen, und so hört man denn von keiner Seite etwas von der Sedung und Entlassung, von der Expropriation der Gabels der Preussischen, deren gefolgloser Geldherr, Eugen Richter, erst in einigen Wochen den Feldzug wieder eröffnen will. Noch weniger verlanke von einer Auslösung der feindseligen Brüder, von Verleumdungen der Bildung einer großen, die durch die Militär-Vorlage erregten und mit deren Erledigung wenigwichtigen Differenzen langwierigen liberalen Gemüthsarbeit, welche fast noch jetzt in dem in Ostpreußen zu erwartender Wahlkampf für den preussischen Landtag rufen sollte. Das verzeihliche klingende Wort Wommers, der Liberalismus werde bald keine Partei, nur eine Demissionenszeit, enthält eine traurige, auch uns in Deutschland als schmerzlich berührende Wahrheit, nämlich die Erkenntnis zum preussischen Abgeordnetenhaus unter vier hundert und vierzig Mitgliedern, die die nächste Legislatur wird die sichere Harmonie von Konserveativen und Centrum aufweisen, da sollte doch alles, was nur irgend eine liberal zu denken vermag, sich zusammenfinden, um zu verhindern, daß aus dem bevorstehenden Wahlkampf eine konservativ-liberale Majorität hervorgehe, die nach Gegenstand reaktionäre Gesetze auf dem Gebiete von Kirche und Schule beschließen könnte, wodurch Preußen, das die Hegemonie in Deutschland besitzt, zunächst als geistige Großmacht dinst demoralisirt müßte. Die Herrschenden sind von einschüchternder Wichtigkeit, in ihrer Erkenntnis müßten die Vorbereitungen reich, feurig, gründlich und umfassend für den Kampf von Seite der Liberalen jeder Art in Preußen getroffen werden — es handelt sich um die Existenz des Liberalismus im führenden Staate des deutschen Reiches.“

Wenn man sich auch sagen darf, daß die Stilleberung der „Fr. Pr.“ über die Lage des deutschen Liberalismus ein wenig zu düster gefärbt ist, so sollte doch die Warnung derselben zur Einigkeit, zum Zusammenfluß im liberalen Lager um so mehr beherzigt werden, als sie mit genau derselben Begründung versehen ist, die sich auch uns, den nächstbetheiligten, förmlich aufdrängt.

Ueber die „Bereinstimmung der Arbeiterversicherung“ veröffentlicht die Berliner „Volkszeitung“ eine ihr zugegangene Zuschrift, die uns einige zutreffende Gesichtspunkte zu enthalten scheint. Es heißt da:

„Man mag gegenüber der Arbeiterversicherung einen Standpunkt einnehmen, welchen man will — sie besteht einmal zu Recht — an ihre Aufhebung ist nicht zu denken; es bleibt für den wünschenswerthen Sozialpolitiker nur eines übrig, zu erwägen, wie eine Reform in die Wege geleitet werden kann, welche die Vortheile wahrt, dagegen die jetzigen Schattenseiten möglichst vermeidet und dabei weiteren Fortschritten die Hand reichet. Ein solches Mittel sehen wir in der Centralisation der gesamten Arbeiterversicherung. Bedenkt man die Kräfteanstrengungen, die die das Reich durch die Aufhebung des jetzigen, soeben die Unfallversicherung mit ihrem unvollständigen, schiefen Apparat der Berufsgenossenschaften, welcher rein von den gewerblichen und landwirtschaftlichen Unter-

Gebrüder Sauer

Halle a. S., Leipzigerstraße 96, Parterre u. I. Etage.

Ettablissement feinsten Herrenmoden nach Maß.

Empfehlen die Neuheiten deutscher, englischer und französischer Stoffe zur bevorstehenden Herbst- und Winterfaison.

— Selten grosse Auswahl. — Eleganter englischer Schnitt. —

Garantie tadelloser Sitz. Solide Preise.

Sonntag d. 10. Sept. d. ganzen Tag geöffnet.

In

General- Ausverkauf

Gr. Ulrichstr. 58 (Café Peter)
Kleider-Paradies

müssen die enorm großen Waarenlager schnellstens geräumt werden; es kommen zum Verkauf:

Winter-Überzieher, Herren-Rock- und Jaquet-Anzüge, einzelne Jaquets, Hosen, Westen, Knaben-Paletots und Anzüge, Burschen-Mäntel und Anzüge, Hohenzollern-Mäntel Schuwaloffs etc.

Sämtliche Sachen sind aus den besten Stoffen und in elegantester Ausführung.

Preis-Courant:

Winter-Überzieher früh, Br. v. 15-36 A an, jetzt v. 9-25 A an	18-23	12-30
Herren-Anzüge	11-23	7-16
Burschen-Anzüge	4-9	2-6
Knaben-Anzüge	6-12	4-10
Jaquets	5-13	2-3
Hosen in Buckskin u. Kamming	4-13	2-8
Knaben-Paletots	4-13	2-8

Hohenzollern-Mäntel, Schuwaloffs, Kaiser-Mäntel, Joppen etc. etc.

staunend billig.

2000 Stück elegante seidene Westen, früherer Preis 5 Mk., jetzt nur 2.10 Mk.
Arbeiter-Hosen in Zwirn und Leber von 1.40 Mk. an.
Verkauf nur gegen Baar.
Umtausch wird gestattet.

Dem auswärtigen Publikum wird bei Vorzeigen der Fahrkarte an der Geschäftsstelle beim Einkauf von 20 Mk. an das Bahngeld zurückerstattet.

General-Ausverkauf

Grosse Ulrichstrasse 58 im Kleider-Paradies (Café Peter).

Eduard Keerl's Handlungsgärtnerei,
Telephon 537, Obergärtner Otto Rothe, Deffauerstr. 13,
übernimmt die Decoration von Festräumen, Trauer- und Tafelarrangements.

Bestes und größtes
Möbel- und Polsterwarenlager
am Platze.

Fornspreeker
242.

Gegründet 1856. **Gebr. Kroppenstädt**

Halle a. S.

1. Geschäft:
Gr. Märterstr. 4.

2. Geschäft:
Rathstetter-Neubau.

Für den Anzeigenschein verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

K. Mauersberger,
Färberei und Chem. Waschanstalt.

Adress: Leipzigerstr. 33 und Moritzkirchhof 5.
Annahme: E. Galander, Gr. Steinstr. neben Walhalla.
Lieferung in einigen Tagen. Fabrik am Platze.

Hempelmann & Krause
empfehlen ihr Engros-Lager
westfälischer Eisenwaren und Werkzeuge
jeder Art.

Gasglühlicht

gibt die 3-4fache Helligkeit einer gewöhnlichen Gasflamme und expandiert noch 50% an Gas.
Alle Intenfibrenner (Mensch-Siemens-Lampen etc.) andere ich auf Wunsch für Gasglühlicht-Verleumdung um.

F. A. Richter,
einziger Vertreter der Deutschen Gasglühlicht-Actien-Gesellschaft.

Handwerker-Meister-Verein.
Freitag den 8. Septbr. in „Freyberg's Garten“, Anfang Ab. 8 Uhr
Letztes Abonnements-Concert.
Der Vorstand.
Bei unangenehmem Wetter im Saal.

B. Toepel's Bierhalle, Juhober:
Barfüßerstraße 5.
Heute Abend: Goulasch.

Magdeburger Bierhalle

Nathansgasse 6.
Alleiniger Ausshank nur hochfeiner Biere
aus der altrenommierten Actien-Bräuerei Neudorf-Magdeburg
vormals A. H. Wernecke.
Guten kräftigen Mittagstisch im Abonn. v. 50 Pfg. an.
Auch ist dortselbst noch einige Tage in der Woche ein geräumiges
Vereinszimmer frei.

„Casé National“, St. Klausstr. 14

früher „Stadt Sedan“.
Neu eröffnet!
Empfehle meine Lokalitäten an gest. Besuch. Vorzügliche Biere,
feine Weine, gute Speisen. — Elegante Damenbedienung.
W. Güdecke & Sohn.

Saalschlösschen.

Morgen Freitag den 8. d. Mts.
Schlachte-Fest.
Früh Wellfleisch, Abends div. Wurst und Suppe.
Es ladet zu zahlreichem Besuch ergebenst ein
Robert Pippel.

Der Dampfer „Möve“ fährt am Sonntag,
Montag und Dienstag um 6 Uhr früh von Wettin zum
Schiebengraden in Zrotha (Eingang durch die Wassermaße)
und von da Abends 7 Uhr nach Wettin.
Sonntagsfahrten 5 mal wie gewöhnlich um 8 1/2, 11, 2, 4 1/4, 7 Uhr
von Zrotha zum Bad Neu-Blagowitz; Abends um 11 1/2 Uhr von
der Felsenburg zum Bade und zurück um 6 Uhr aber nur bei schönem Wetter.

Gesenius-Halle,

Wölfergasse 10.
Morgen den 8. d. Mts. Schlachtefest.
Es ladet freundlichst ein
Frdr. Voeko.

„Elysium“,

St. Sanders 12.

Rudloff's Restaurant,
Am alten Bahnhof Nr. 2.
Freitag den 8. d. Mts.
Schlachtefest,
wozu ergebenst einladet.

Walhalla-Theater

Direction: Richard Hubert.
Durchweg neuer Spielplan!
Mr. Benno Maningo und Sohn,
apuanische Compositoren auf der balan-
cierten Schiffsorgel. — Brothers
Charlie und Willy, Miniatur-
Kraftmenschen und Handroboter. —
Signor Ottaviano Salerno, Jong-
leur-Comitör. — Westr. Arley
und Doley, Negers-Comitör auf
dem Eis- und Pyrexid. — Herr Karl
Jörgensen, Mimiker und Charak-
teristiker. — Die drei Schwestern
Silvra, Gelang's und Taus-Terzett.
— Herr Josef Modl, Gelang's-
Sumoritt.
Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Concordia-Theater

Donnerstag den 7. September
Auf offenes Verlangen:
Die schöne Helena.
Freitag zum Benefiz für Mizl Watzko
zum 1. Male:
Der arme Jonathan.

Concordia-Restaurant.

Täglich Gesangsvorträge.

Hôtel

deutscher Hof

Subj.: Oscar Kütthemann.
Grande: Am Königsplatz, Straße 8.
Heute Anstich von
„Tiroler Kälterer Seewein.“
Ausgezeichnete Küche.
Vorzüglich, biefiges und Nürnberg's
Bier.

„Kaisersäle“

Restaurant und Weinstube.
Mittagskarte Freitag, 8. Sept.
Dessert 15 Pfg.
Suppe à la reine 20 Pfg.
Rinderbrust mit Dossin-
kartoffeln 40 Pfg.
Schleie blan 50 Pfg.
Zuherren u. Nudelreispfanne 50 Pfg.
Grüße Kalbsbrust 50 Pfg.
Beef à la mode 60 Pfg.
Compot oder Salat 20 Pfg.
Butter und Käse
Abonnement 1 Mk.
Abends von 6 Uhr an Stamm:
Irish-Stew.

Freyberg-Bräu.

Special-Ausshank der
Bräuerei von H. Freyberg.
Freitag Mittag:

Suppe
Hunze Schrahri m. Besfleisch
Kalbsbraten
Compot. Salat.
Butter, Käse.
Heute Abends:
Rebhuhn mit Weintraut.
Sesam mit Champagnerkraut.
Karl Brauns.

„Feuerkugel“

Spiegelgasse 10,
neben den Knechtchen.
Am Sonntag den 9. September Abends
8 1/2 Uhr im Saal zum Schwan
auf Belicht zu Ehren des Herrn
Prof. Kaiser stattfindenden
Commers
werden alle ehemaligen Schüler des-
selben hiermit ergebenst eingeladen.
Mit 2 Weltblättern.